

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 7/2011

8. Juli 2011

Ökostrom, Ortstafeln, Pflegefonds - das sind nur einige der Hauptthemen, die in der letzten Plenarsitzung des Nationalrats vor der Sommerpause fixiert wurden. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Beschlüsse.

Neues Ökostromgesetz erhöht Versorgungssicherheit und heimische Wertschöpfung

Das lange verhandelte neue Ökostromgesetz bringt starke Impulse für erneuerbare Energieträger. Die jährliche Förderung für neue Anlagen wird von 21 auf 50 Millionen Euro erhöht, wobei diese Summe bis 2021 jährlich um eine Million Euro sinkt, um eine Überförderung zu vermeiden. Innerhalb der Gesamtsumme gibt es je einen Fördertopf für Windkraft (11,5 Mio.), Biomasse/Biogas (10 Mio.), Photovoltaik (8 Mio.) und Kleinwasserkraft (1,5 Mio.) sowie einen Resttopf von 19 Mio. Euro. Zusätzlich werden 111,5 Mio. Euro für Projekte bereitgestellt, deren Förderanträge derzeit auf der Warteliste stehen. Mit dem Geld kann diese Liste komplett abgebaut werden. Finanzschwache Haushalte werden von den entstehenden Mehrkosten übrigens entlastet. Haushalte, die von ORF-Gebühren befreit sind, müssen im Jahr maximal 20 Euro für die Ökostromsubvention zahlen.

Ich habe in meiner Plenarrede das Gesetz voll unterstützt. Österreich wird es damit möglich sein, bis 2015 auf Atomstromimporte ganz zu verzichten und seine Klimaschutzziele rascher zu erreichen.

685 Millionen Euro für neuen Pflegefonds - Entlastung der Gemeinden

Beschlossene Sache ist auch der Pflegefonds, der von unserem früheren Vizekanzler Josef Pröll ausverhandelt wurde. Der Fonds ist im Sozialministerium angesiedelt und wird zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von Ländern und Gemeinden gespeist. Damit sollen die beständig steigenden Pflegekosten finanziert werden. Der Fonds wird heuer mit 100 Millionen Euro dotiert, 2012 mit 150 Millionen, 2013 mit 200 Millionen und im Jahr 2014 mit 235 Millionen. Das Geld ist für die Versorgung Pflegebedürftiger, aber auch für den Ausbau des Betreuungsangebots gewidmet. Die Gemeinden werden damit bei den Pflegekosten spürbar entlastet.

In diesem Zusammenhang hat der Nationalrat auch die Abwicklung des Landespflegegeldes von den Ländern zum Bund verlagert. Damit reduziert sich die Zahl der mit dem Pflegegeld befassten Stellen von rund 300 auf acht Sozialversicherungsträger - was auch zur Verwaltungsreform beiträgt.

Kärntner Ortstafel-Debatte ist beigelegt

56 Jahre, nachdem sie im Staatsvertrag festgelegt wurde, ist die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten nun außer Streit gestellt. Das neue Volksgruppengesetz zählt definitiv jene 164 Kärntner Orte auf, in denen deutsch-slowenische Ortstafeln aufzustellen sind. Der Anteil der gemischtsprachigen Bevölkerung in diesen Orten beträgt mindestens 17,5 Prozent.

Für das Burgenland ändert sich durch das neue Gesetz nichts. Die Anzahl der Orte, in denen deutsch-kroatische bzw. deutsch-ungarische Ortstafeln aufzustellen sind, bleibt mit 47 bzw. vier unverändert. Ihre Namen sind allerdings nun im Gesetz aufgezählt. Neue Orte sind nicht hinzugekommen.

Die Verpflichtung, zweisprachige topographische Bezeichnungen zu verwenden, betrifft nur Ortstafeln und offizielle Wegweiser. Für Landkarten, Wanderwegschilder, Bushaltestellen o.ä. gilt sie nicht.

Über 2 Millionen Euro pro Jahr für burgenländische Kindergartenerhalter

Der Bund wird auch in den kommenden beiden Jahren jeweils 70 Mio. Euro für die Finanzierung des verpflichtenden Kindergartenjahres bereitstellen. Damit soll den Gemeinden der Mehraufwand abgegolten werden. Die Aufteilung orientiert sich an der Zahl der jeweils Fünfjährigen. Auf das Burgenland entfallen im Jahr 2011/12 demgemäß 2,113 Millionen Euro, im Jahr 2012/13 sind es 2,091 Millionen Euro. Im jetzt zu Ende gehenden Kindergartenjahr waren es 2,089 Millionen Euro.

Mehr Geld für Tagesbetreuung an Schulen

Bis inklusive 2014 stellt der Bund für die Tagesbetreuung an Schulen 80 Millionen Euro pro Jahr bereit. Einem entsprechenden Bund-Länder-Vertrag hat der Nationalrat zugestimmt. Zur Eröffnung einer Gruppe sind an Pflichtschulen künftig nur noch zwölf statt bisher 15 Anmeldungen nötig. An den AHS bleibt es bei zehn Kindern. Auch standortübergreifend können Gruppen gebildet werden. Verankert wurde auch das neue Berufsbild des Freizeitpädagogen, der ohne universitäre Ausbildung nach einem einjährigen Ausbildungslehrgang als Tagesbetreuer an Schulen arbeiten kann.

90 Jahre Burgenland - Vier Millionen Euro Jubiläumsgabe vom Bund ans Land

Anlässlich des 90-Jahr-Jubiläums des Burgenlandes hat der Nationalrat einer Jubiläumsgabe von vier Millionen Euro an unser Bundesland zugestimmt. In meiner Rede vor dem Plenum habe ich dafür gedankt und auf die schweren historischen Anfänge des Burgenlandes, aber auch auf seine positive Entwicklung seit 1921 hingewiesen. Die Jubiläumsgabe ist vom Burgenland für Beschäftigungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Jugend-, Kultur- und Bildungsprojekte zu verwenden.

Gemeinden können künftig enger zusammenarbeiten - und dabei sparen

Neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnet ein Gesetz, das vom Bundesrat initiiert wurde. Gemeinden können sich künftig auch über Bezirks- und Landesgrenzen hinweg zu Verbänden zusammenschließen, um gemeinsame Aufgaben effizienter zu erledigen. Derzeit ist diese Art der Zusammenarbeit nur innerhalb der Bezirksgrenzen möglich und auf privatrechtliche Aufgaben beschränkt, etwa den Betrieb von Bauhöfen oder die Abwasserentsorgung. Künftig können auch hoheitliche Aufgaben gemeinsam erledigt werden, wie etwa Baubehörden oder Einwohnerämter.

Neue Landesstraße statt Verlängerung der S 31 bis Rattersdorf

Mehrere Straßenprojekte werden aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen kleiner gebaut als geplant. Das betrifft auch den ursprünglich geplanten Weiterbau der S 31 von Oberpullendorf bis zur Grenze bei Rattersdorf. Die Straße wird im Einvernehmen mit dem Land Burgenland nun nicht als Schnellstraße, sondern als Landesstraße errichtet. Der Bund hat sich zur Mitfinanzierung verpflichtet.

Führerscheine: Klasse A wird neu gegliedert, B befristet

Das Führerscheingesetz bringt vor allem Neuerungen für Motorradfahrer. Anstelle des bisherigen Mopedausweises wird die Klasse AM für Mopeds eingeführt. Für Motorräder bis 125 ccm gilt die neue Klasse A1. Für beide A-Klassen gilt künftig ein Mindestalter von 24 Jahren. Generell sind Führerscheine der Klassen A und B künftig auf 15 Jahre befristet. Das gilt aber erst für Führerscheine, die ab dem Jahr 2013 ausgestellt werden. Derzeit gültige Dokumente sind davon nicht betroffen.

Steuerliche Absetzbarkeit: Höherer Rahmen für Kirchenbeitrag, mehr Spendenbegünstigte

Beim Finanzamt können künftig Spenden an Feuerwehren, Umwelt- und Naturschutzorganisationen sowie Tierheime geltend gemacht werden. Bisher schon waren Spenden an mildtätige Organisationen, Entwicklungszusammenarbeit oder Katastrophenhilfe steuerlich absetzbar. Zudem wird die Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags von 200 auf 400 Euro verdoppelt. Für Auslandsmonteur gibt es eine neue Regelung ihrer Steuerfreibeträge: Für maximal sechs Monate im Jahr können 60 Prozent des Lohnes bzw. maximal 4.200 Euro steuerfrei geltend gemacht werden.

Keine "Extrawürste" beim Warten auf Spitalsoperationen

Für bestimmte Operationen in Krankenhäusern werden offizielle Wartelisten eingeführt. Sie werden in anonymisierter Form im Internet veröffentlicht und sollen zeigen, wer wie lange auf eine Operation warten muss. Damit soll ausgeschlossen sein, dass Patienten mit Sonderversicherungen vorgezogen werden. Solche Wartelisten wird es u.a. in der orthopädischen Chirurgie, in der Neurochirurgie und bei Augenoperationen geben.

Soziale Verbesserung für Bürgermeister kleinerer und mittlerer Gemeinden

Bürgermeister und Kommunalpolitiker dürfen künftig zu ihrer ASVG-Frühpension mehr dazuverdienen. An sich ist die Nebeneinkunft bei ASVG-Frühpensionisten mit 374 Euro monatlich beschränkt. Künftig dürfen sie 49 % des Bezugs eines Nationalratsabgeordneten dazuverdienen (derzeit 3.999 Euro). Die Regelung gilt für Bürgermeister von Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohner. Zudem kann ein Bürgermeister künftig auch nach Ausscheiden aus dem Amt Arbeitslosengeld beziehen. Derzeit haben Bürgermeister, die ihren Zivilberuf aufgegeben haben und dann auch ihr Amt verlieren, keine Absicherung. Künftig bekommen sie ein Arbeitslosengeld, das sich am letzten ausgeübten Beruf orientiert.

"Rettungsgasse": Neue Pflicht bei Unfällen auf Autobahnen: Zur Seite rücken!

Auf Autobahnen wird ab 2012 die "Rettungsgasse" Pflicht. Das heißt, Autofahrer müssen Einsatzfahrzeugen bei Unfällen Platz machen - also nach links bzw. rechts rücken, wobei in letzterem Fall auch der Pannestreifen mitbenutzt werden kann. Erfahrungen aus dem Ausland zufolge können Rettungsfahrzeuge dadurch im Schnitt vier Minuten schneller an einem Unfallort sein.

Spekulation mit Agrarrohstoffen muss eingedämmt werden

Einstimmig haben sich alle Fraktionen gegen die zunehmende Spekulation mit Agrarrohstoffen ausgesprochen. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, international für die Regulierung der Finanz- und Warenmärkte und für die Besteuerung von Agrarspekulationen einzutreten.

Einstimmig für Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Ebenfalls einstimmig hat der Nationalrat sein Bekenntnis zu einer Finanztransaktionssteuer bekräftigt. Sie sollte - wenn schon nicht weltweit - zumindest in Europa eingeführt werden und einen Beitrag leisten, um Auswüchse des Spekulationswesens einzudämmen. Die Bundesregierung steht hinter dem Vorschlag, auch im EU-Parlament und in der EU-Kommission mehrten sich die Befürworter.

Klares Bekenntnis für Menschenrechte und gegen Todesstrafe

In einer Entschliebung hat der Nationalrat die Bundesregierung aufgefordert, sich weltweit für die Ächtung der Todesstrafe einzusetzen und auf entsprechende Abkommen mit China, Russland, dem Iran und den USA zu drängen. Eine zweite Entschliebung hat den Schutz von religiösen, ethnischen und sprachlichen Minderheiten zum Inhalt. Österreich soll sich bilateral und auf EU-Ebene für die Einhaltung dieser Menschenrechte einsetzen, so die Forderung.

Die billigsten Tankstellen auf einen Blick

Gemäß dem neuen Preistransparenzgesetz kann der Wirtschaftsminister die Tankstellenbetreiber verpflichten, die aktuellen Treibstoffpreise jeweils sofort elektronisch an die E-Control zu übermitteln. Diese gibt die aktuellen Super- und Diesel-Preise in einer Datenbank ein. Die Autofahrer können sich damit per Internet einen Überblick über die jeweils günstigsten Preise verschaffen.

Parlamentarischer Abschied von Ursula Plassnik

Unsere frühere Außenministerin Abg. Ursula Plassnik hat sich mit einer Rede zum Thema Ortstafeln vom Nationalrat verabschiedet. In ihrer parlamentarischen Arbeit hat sie sich vor allem mit den Themen Europa und Frauen glaubwürdig befasst. Für ihre neue Tätigkeit als österreichische Botschafterin in Paris hat ihr der ÖVP-Klub alles Gute gewünscht.